

Vorlage Federführende Dienststelle: Fachbereich Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen Beteiligte Dienststelle/n:	Vorlage-Nr: FB 61/0853/WP17 Status: öffentlich AZ: Datum: 09.01.2018 Verfasser: FB 61/010 // Dez. III						
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.11.2017, öffentlicher Teil							
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th data-bbox="188 667 379 701">Datum</th> <th data-bbox="387 667 954 701">Gremium</th> <th data-bbox="962 667 1374 701">Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td data-bbox="188 701 379 734">18.01.2018</td> <td data-bbox="387 701 954 734">Planungsausschuss</td> <td data-bbox="962 701 1374 734"></td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	18.01.2018	Planungsausschuss	
Datum	Gremium	Zuständigkeit					
18.01.2018	Planungsausschuss						

Beschlussvorschlag:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 09.11.2017, öffentlicher Teil.

Anlage/n:

Niederschrift vom 09.11.2017, öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t

öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 09.11.2017
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal 170, Verwaltungsgebäude Marschierort, Lagerhausstraße

Anwesende:

Ratsherr Harald Baal

Ratsherr Michael Rau

Ratsherr Simon Adenauer

Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsherr Alexander Gilson

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsfrau Eleonore Keller

Vertretung für: Ratsherr Manfred Kuckelkorn

Ratsherr Ernst-Rudolf Kühn

Bürgermeister Norbert Plum

Ratsherr Udo Pütz

Ratsherr Karl-Heinz Starmanns

Herr Dr. Sebastian Breuer

Herr Ulrich Gaube

Herr Claus Haase

Herr Lasse Klopstein

Vertretung für: Herrn Marc Beus

Herr Dieter Müller

Herr Dipl.-Ing. Architekt Ulrich Pathe

Vertretung für: Herrn Sava Jaramaz

Herr Dietmar Ruppert

Vertretung für: Frau Maike Schlick

Herr Rolf Eckert

Frau Laila Bounouar

Vertretung für: Herrn Eshetu Wondafrash

Abwesende:

Ratsherr Manfred Kuckelkorn

entschuldigt

Herr Marc Beus

entschuldigt

Herr Sava Jaramaz

entschuldigt

Frau Maike Schlick

entschuldigt

Herr Eshetu Wondafrash

entschuldigt

von der Verwaltung:

Herr Wingenfeld

Dez. III

Frau Clemens

FB 63

Herr Feiter

FB 23

Herr Hermann

B 13

Herr Kriesel

FB 61

Frau Krücken

FB 61

Herr Larosch

B 03

Frau Lehmenkühler

E 26

Frau Ohlmann

FB 61

Frau Rohde

FB 61

Herr Rombach

FB 56

Herr Schaffert

FB 61

Herr Schavan

E 26

Herr Schneider

Dez. III

Herr Schulze-Schwanebrügger

FB 23

Herr Sellung

Dez. I

als Schriftführerin:

Frau Vohn

FB 61

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzungen vom 07.09.2017 und vom 20.09.2017, öffentlicher Teil**

- 2.1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.09.2017, öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 61/0829/WP17

- 2.2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.09.2017, öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 61/0831/WP17

- 3 **Bebauungsplan "Antoniusstraße / Mefferdatisstraße"**
hier: weiteres Vorgehen
Vorlage: FB 61/0800/WP17

- 4 **Wettbewerb "Charlottenstraße / Sophienstraße"**
hier: Auslobungstext
Vorlage: FB 61/0801/WP17

- 5 **Rahmenplanung "Rund um den Burtscheider Viadukt"**
hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen Grüne und Linke vom 09.10.2017
Ratsantrag der Fraktionen Grüne und Linke vom 03.05.2017
Vorlage: FB 61/0805/WP17

- 6 **Verlagerung des Sportplatzes Karl-Kuck-Straße in den Bereich Rombachstraße/Brander Wall**
hier- Neubau eines Umkleidehauses mit Jugend- und Schulungsraum sowie Hausmeisterwohnung an der Sportplatzanlage Rombachstraße/Brander Wall
Entwurf, Kostenberechnung und Baubeschluss
Vorlage: E 26/0094/WP17

- 7 **Bebauungsplan Nr. 965 Verlautenheidener Straße / Kelmesbergweg**
hier: - Aufstellungs- und Offenlagebeschluss
Vorlage: FB 61/0783/WP17
- 8 **Bebauungsplan - Werkstraße/Pascalstraße - im Stadtbezirk Aachen-Kornelimünster, zwischen Pascalstraße, Werkstraße/Zedernweg, Hirzenrott/Pontsheide und Nerscheider Weg;**
hier: Aufstellungsbeschluss
Vorlage: FB 61/0804/WP17
- 9 **Erdgasfernleitung Zeelink I - Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens**
Vorlage: FB 61/0795/WP17
- 10 **Mitteilungen der Verwaltung**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzungen vom 07.09.2017 und vom 20.09.2017, nichtöffentlicher Teil**
- 1.1 **Genehmigung der Niederschrift vom 07.09.2017, nichtöffentlicher Teil**
Vorlage: FB 61/0830/WP17
- 1.2 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.09.2017, nichtöffentlicher Teil**
Vorlage: FB 61/0832/WP17
- 2 **Bebauungsplan "Antoniusstraße / Mefferdatisstraße"**
hier: weiteres Vorgehen
- 3 **Campus West**
hier: Vertragsangelegenheiten

- 4 **Errichtung eines Frauenwohnhauses für die Cockerill-Liebermann-Stiftung in der Friedensstraße:**
- 5 **Private Bauvorhaben:**
- 6 **Denkmalschutzangelegenheiten:**
- 7 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Baal eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter von Öffentlichkeit, Verwaltung und Presse.

Er stellt durch Nachfrage bei den Fraktionen fest, dass die vereinbarte Vertretungsreihenfolge eingehalten wurde.

Herr Helg beantragt, den Tagesordnungspunkt I/8 – Bebauungsplan Werkstraße/ Pascalstraße, Aufstellungsbeschluss – zu vertagen, da die Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster aufgrund offener Fragen noch nicht abschließend beraten habe.

Herr Baal schlägt vor, den Tagesordnungspunkt aufzurufen und zumindest zu diskutieren. Sollte auch der Planungsausschuss den Aufstellungsbeschluss zunächst nicht fassen wollen, könne man immer noch eine Vertagung beschließen.

Der Ausschuss erklärt sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 07.09.2017, öffentlicher Teil

Vorlage: FB 61/0829/WP17

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 07.09.2017, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 4 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.09.2017, öffentlicher Teil

Vorlage: FB 61/0831/WP17

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 20.09.2017, öffentlicher Teil.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 4 Enthaltungen wegen Nichtanwesenheit

zu 3 Bebauungsplan "Antoniusstraße / Mefferdatisstraße"

hier: weiteres Vorgehen

Vorlage: FB 61/0800/WP17

Für die Fraktion der Grünen weist Herr Rau darauf hin, dass man die Verwaltung beauftragt habe, für diese Sitzung den Offenlagebeschluss vorzubereiten. Man bitte die Verwaltung darzulegen, warum dies nicht möglich gewesen sei.

Herr Schaffert erläutert, dass der Zeitraum zu kurz gewesen sei, um die für die zahlreichen Anregungen Lösungsvorschläge mit der gebotenen Sorgfalt zu erarbeiten. Hierzu benötige man umfangreiche Hilfestellung aus anderen Fachbereichen, auch dies sei nicht so schnell wie vom Ausschuss gewünscht zu bewerkstelligen. Die gegenwärtige Beschlusslage sehe zudem vor, dass die Ergebnisse der Hochbauwettbewerbe in den Bebauungsplanentwurf zur Offenlage einfließen sollten, hierzu müsse aber zunächst Einvernehmen mit den Investoren über die Wettbewerbsverfahren erzielt werden. Angesichts der Bedeutung des Verfahrens halte man es für angemessen, den Schwerpunkt bei der Bearbeitung eher auf Gründlichkeit als auf Schnelligkeit zu legen.

Für die SPD-Fraktion äußert Herr Plum Verständnis für die Haltung der Verwaltung, auch seiner Fraktion sei an einer gründlichen Bearbeitung der Eingaben gelegen. Dennoch sei man auch daran interessiert, dass das Verfahren so zügig wie möglich fortgeführt werde, da man dem dringenden Handlungsbedarf im Bereich Büchel schnell abhelfen wolle.

Für die CDU-Fraktion betont auch Herr Gilson, dass man eine zeitnahe Fortführung der Bauleitplanung für wünschenswert halte, aber natürlich auch die Notwendigkeit sehe, dass Verfahren geordnet fortzuführen.

Herr Baal stellt fest, dass die Anzahl der Eingaben verglichen mit anderen Verfahren nicht außergewöhnlich hoch sei, so dass man doch auf einen zügigen Fortgang hoffe.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis und stimmt dem Vorschlag zum weiteren Vorgehen zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 4 Wettbewerb "Charlottenstraße / Sophienstraße"

hier: Auslobungstext

Vorlage: FB 61/0801/WP17

Für die Fraktion Die Linke erläutert Herr Klopstein, dass man dem Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Bezirksvertretung Aachen-Mitte nicht gefolgt sei. Es sei nicht ersichtlich, warum hier ein Wettbewerb und eine Planung auf der Grundlage von §34 BauGB durchgeführt werden sollten, wenn doch bereits ein Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gefasst worden sei. Unabhängig von der Art des Verfahrens wolle seine Fraktion aber sichergestellt wissen, dass in diesem Bereich Wohnraum für alle Preissegmente mit einer Quote für öffentlich geförderten Wohnungsbau von 20% - 40% entstehe.

Für die CDU-Fraktion beantragt Herr Gilson, den Beschluss um die Bitte an den Investor zu ergänzen, jeweils zwei Sachpreisrichter plus Vertreter aus dem Bereich der Politik zu berücksichtigen.

Für die Fraktion der Grünen signalisiert Herr Rau grundsätzlich Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Bei dem Gebiet handele es sich um einen sensiblen Bereich mit städtebaulich und denkmalpflegerisch besonderen Anforderungen, die Entscheidung, hier einen Wettbewerb durchzuführen sei in jedem Fall zu begrüßen. Im Wettbewerbsverfahren könnten Verwaltung und Politik auch auf geeignete Weise eingebunden werden. Die Parallelität von Planung nach §34 BauGB und Aufstellungsbeschluss sei nicht unüblich und könne gewährleisten, dass im Konfliktfall ein planungsrechtliches Steuerungsinstrument zur Sicherung der städtebaulichen Ziele zur Verfügung stünde. Hinsichtlich der möglichen Realisierung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau stimme man der Fraktion Die Linke zu, sehe aber die Schwierigkeit, dies bei einem Anspruch nach §34 BauGB rechtlich abzusichern. Dennoch plädiere man dafür, im Namen des Ausschusses eine dringende Bitte an den Investor zu richten und den heutigen Beschluss entsprechend zu ergänzen.

Für die SPD-Fraktion schließt sich Herr Plum seinem Vorredner an. Auch seine Fraktion habe Überlegungen angestellt, wie man die Errichtung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau erreichen könne. Letztlich sei dies nur auf freiwilliger Basis möglich, einfacher zu realisieren seien geförderte Wohneinheiten vermutlich im weiteren Wettbewerbsbereich, wo man im Neubau bessere Möglichkeiten habe, die Förderbedingungen zu erfüllen. Hierzu wolle man die Verwaltung beauftragen, Gespräche mit dem Investor zu führen.

Herr Schaffert betont, dass es sich beim Wettbewerbsgebiet nicht um eine städtische Fläche handele, so dass die Kooperation mit dem Investor entscheidend sei. Der Wettbewerb werde auf der Grundlage existierender Baurechte nach §34 BauGB durchgeführt, ein Eingreifen über den Aufstellungsbeschluss komme nur in Betracht, wenn die städtebaulichen Zielsetzungen gefährdet seien, ein solcher Konfliktfall sei aber derzeit nicht erkennbar. Man hoffe, über das Wettbewerbsverfahren die besten Lösungsideen zu finden, sollten diese nicht nach §34 BauGB realisierbar sein, müsse man sich mit dem Investor über das weitere Vorgehen einigen.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt den vorgelegten Entwurf der Auslobung als Grundlage für den Wettbewerb „Charlottenstraße / Sophienstraße“.

Der Ausschuss vertritt grundsätzlich die Position, dass die Realisierung von öffentlich gefördertem Wohnungsbau im engeren oder weiteren Wettbewerbsgebiet wünschenswert ist und bittet die Verwaltung, entsprechende Gespräche mit dem Investor zu führen.

Zudem bittet der Ausschuss darum, bei der Zusammensetzung des Preisgerichts zwei stimmberechtigte Sachpreisrichter plus Vertreter aus den Reihen der Politik zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 5 Rahmenplanung "Rund um den Burtscheider Viadukt"

hier: Tagesordnungsantrag der Fraktionen Grüne und Linke vom 09.10.2017

Ratsantrag der Fraktionen Grüne und Linke vom 03.05.2017

Vorlage: FB 61/0805/WP17

Für die Fraktion der Grünen erläutert Herr Rau den Hintergrund des mit den Linken gemeinsam gestellten Ratsantrags. Man sei der Auffassung, dass eine Stärkung des Kurbereichs erforderlich sei, und auch wenn viele Entwicklungen in diesem Bereich eher eine langfristige Perspektive benötigten, wolle die Chancen, die sich durch die anstehenden STAWAG-Maßnahmen ergäben, nicht ungenutzt lassen. Gerade im Bereich Dammstraße/ Rosenquelle bestehe nun die Möglichkeit, eine Bachoffenlegung zu realisieren, dies entspräche genau dem schon lange existierenden Wunsch, in Burtscheid Wasser im

öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Aus diesem Grund wolle man die Verwaltung beauftragen, zumindest diesen Baustein kurzfristig und im Vorgriff auf eine umfassende Rahmenplanung anzugehen.

Für die CDU-Fraktion legt Herr Gilson dar, dass man dem Ratsantrag zumindest in Teilen folgen könne. Eine vollständige Rahmenplanung halte man derzeit nicht für möglich, aber falls sich eine realistische Chance für die Bachoffenlegung ergebe, wolle auch seine Fraktion diese nutzen. Hierzu müsse die Verwaltung jedoch eine konkrete Planung mit einem Kostenrahmen erarbeiten, damit auf dieser Grundlage ein Förderantrag gestellt werden könne.

Für die SPD-Fraktion stimmt Herr Plum seinen Vorrednern in Bezug auf die Bachoffenlegung in der Dammstraße zu, betont aber auch, dass dieses Vorhaben mit vielen potentiellen Problemen verbunden sei. Die Verwaltung müsse daher genau prüfen, was tatsächlich machbar sei.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Breuer sowie die Herren Rau, Plum und Gilson beteiligen, fasst den Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Frage der Förderfähigkeit einer Rahmenplanung „rund um den Burtscheider Viadukt“ zu klären und über das Ergebnis zu berichten.

Die Verwaltung wird zudem beauftragt, den Baustein „Bachoffenlegung Dammstraße“ kurzfristig anzugehen, hierzu eine Planung sowie eine Kostenermittlung als Grundlage für einen konkreten Förderantrag zu erarbeiten und diese im Ausschuss vorzustellen..

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 6 Verlagerung des Sportplatzes Karl-Kuck-Straße in den Bereich Rombachstraße/Brander Wall
hier- Neubau eines Umkleidehauses mit Jugend- und Schulungsraum sowie Hausmeisterwohnung an der Sportplatzanlage Rombachstraße/Brander Wall
Entwurf, Kostenberechnung und Baubeschluss
Vorlage: E 26/0094/WP17

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Nach Kenntnisnahme und Empfehlung des Finanzausschusses am 05.09.2017 und Entscheidung des Rates der Stadt Aachen am 20.09.2017 zur Bereitstellung überplanmäßiger Mittel fasst der Planungsausschuss aufgrund der Vorlage der Entwurfsplanung und Kostenberechnung (Lph 3 HOAI) den Baubeschluss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 7 Bebauungsplan Nr. 965 Verlautenheidener Straße / Kelmesbergweg

hier: - Aufstellungs- und Offenlagebeschluss

Vorlage: FB 61/0783/WP17

Herr Kriesel erläutert kurz die Vorlage der Verwaltung. Auf Nachfrage durch Herrn Plum bestätigt er, dass die Errichtung von mindestens acht öffentlich geförderten Wohneinheiten vertraglich festgeschrieben werden sollen, der Vorhabenträger habe aber bereits die Absicht geäußert, alle 26 Wohneinheiten in diesem Vorhaben öffentlich gefördert zu realisieren.

Für die Fraktion der Grünen signalisiert Herr Rau grundsätzlich Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung. Besondere Bedeutung komme in diesem Vorhaben den Bäumen zu, daher wolle man die Verwaltung beauftragen, alle im städtebaulichen Konzept vorgesehenen Bäume planungsrechtlich zu sichern, so dass sie tatsächlich auch gepflanzt werden.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 und der Behörden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB zur Kenntnis.

Er empfiehlt dem Rat, nach Abwägung der privaten und öffentlichen Belange, die Stellungnahmen der Bürger sowie der Behörden, die nicht berücksichtigt werden konnten, zurückzuweisen.

Er beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung und gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes zur Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren nach § 13 b BauGB Nr. 965 - Verlautenheidener Straße / Kelmesbergweg - in der vorgelegten Fassung.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle im städtebaulichen Konzept vorgesehenen Bäume planungsrechtlich so zu sichern, dass sie tatsächlich gepflanzt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 8 Bebauungsplan - Werkstraße/Pascalstraße - im Stadtbezirk Aachen-Kornelimünster, zwischen Pascalstraße, Werkstraße/Zedernweg, Hirzenrott/Pontscheide und Nerscheider Weg;

hier: Aufstellungsbeschluss

Vorlage: FB 61/0804/WP17

Herr Baal bittet die Verwaltung einleitend darum, die Fragen zu beantworten, die in der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster offen gebliebenen und zur Vertagung der Beschlussfassung geführt hätten.

Für die Piratenfraktion nimmt Herr Pütz Bezug auf Beratungen in der Bezirksvertretung und legt dar, dass die Notwendigkeit einer Neuaufstellung nicht deutlich geworden sei, da beispielsweise der Netto-Markt mit 1.500m² Verkaufsfläche die ihm zustehenden Möglichkeiten ohnehin bereits ausgeschöpft habe.

«SINAME»

Ausdruck vom: 09.01.2018

Seite: 10/13

Herr Kriesel erläutert hierzu, dass insbesondere zwei Fragen im Bezirk diskutiert worden seien: zum einen sei unklar gewesen, ob eine Bestandsnutzung bei Eigentümerwechsel fortgeführt werden könne, dies sei zu bejahen. Zum anderen sei die Frage gestellt worden, ob eine genehmigte Nutzung auf ein anderes Grundstück übertragen werden könne, dies sei jedoch nicht möglich. Grundsätzlich sei festzustellen, dass die mit dem neuen Bebauungsplan beabsichtigten Festsetzungen denen entsprechen, die im übrigen Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 842 gelten. Eine Neuregelung für den jetzt zu überplanenden Bereich sei aufgrund der Tatsache erforderlich, dass die in diesem Bereich getroffenen Regelungen nach aktueller Rechtsprechung einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten würden..

Für die Fraktion der Grünen appelliert Herr Rau an die übrigen Fraktionen, den Aufstellungsbeschluss trotz fehlendem Empfehlungsbeschluss aus dem Bezirk heute zu fassen. Man benötige eine rechtssichere Grundlage, um auf den bereits vorliegenden Bauantrag reagieren zu können; der alte Bebauungsplan biete diese Rechtssicherheit nicht. Man sei sich darüber bewusst, dass Einkaufsmöglichkeiten in fußläufiger Entfernung wichtig seien für Oberforstbach, in diesem Zusammenhang wolle man auch darauf hinweisen, dass die Verwaltung bereits seit geraumer Zeit beauftragt sei, für die immer wieder auftretenden Konflikte bei der Anlieferung des Netto-Marktes nach Lösungen zu suchen. Man bitte darum, dieses Thema nochmals aufzugreifen.

Für die SPD-Fraktion stellt Herr Plum fest, dass die Bedenken bezüglich einer Einschränkung der Einzelhandelsnutzung ausgeräumt seien. Es sei wichtig, dass die vorhandenen Betriebe gesichert würden, unter dieser Voraussetzung könne man dem Aufstellungsbeschluss grundsätzlich zustimmen, fraglich sei jedoch aus seiner Sicht, ob man der Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster die Gelegenheit geben könne, die vertagte Beratung mit einer Beschlussfassung abzuschließen.

Herr Wingefeld betont, dass mit der Neuaufstellung des Bebauungsplans keine Einschränkungen für bestehende Einzelhandelsbetriebe beabsichtigt seien. Die Einleitung des Aufstellungsverfahrens werde von der Verwaltung als dringlich angesehen, damit auch im Falle einer gerichtlich festgestellten Nichtigkeit des alten Bebauungsplanes eine Steuerungsmöglichkeit existiere.

Für die CDU-Fraktion signalisiert Herr Gilson, dass man nach den Ausführungen der Verwaltung dem Beschlussvorschlag in der heutigen Sitzung zustimmen könne.

Frau Keller stellt nochmals klar, dass für den Bezirk die Einkaufsmöglichkeiten im Bebauungsplangebiet von großer Bedeutung seien. Die Vertagung des Punktes sei darauf zurückzuführen, dass die Befürchtung bestünde, diese Einkaufsmöglichkeiten zu verlieren. Auch wenn der Planungsausschuss heute einen Beschluss ohne vorherige Empfehlung durch die Bezirksvertretung fasse, bitte sie darum, den Sachverhalt im Bezirk nochmals nachvollziehbar darzustellen.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich seitens des Ausschusses Frau Keller, die Herren Pütz, Plum, Rau, Gilson und Helg sowie seitens der Verwaltung Herr Wingefeld, Herr Kriesel und Herr Schaffert beteiligen, fasst der Ausschuss den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Er beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB zur Sicherung des Gewerbegebietes und Steuerung der Einzelhandelsnutzung im Gewerbegebiet die Aufstellung eines Bebauungsplanes - Werkstraße/Pascalstraße im Stadtbezirk Aachen-Kornelimünster-Walheim, für den Planbereich zwischen Pascalstraße, Werkstraße/Zedernweg, Hirzenrott/Pontsheide und Nerscheider Weg.

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, die Bezirksvertretung Aachen-Kornelimünster/Walheim in der nächsten Sitzung ausführlich über die mit dem Aufstellungsbeschluss verfolgte Zielsetzung sowie die rechtlichen Grundlagen und Auswirkungen zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**zu 9 Erdgasfernleitung Zeelink I - Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens
Vorlage: FB 61/0795/WP17**

Auf Nachfrage von Herrn Plum erläutert Frau Rohde, dass die Sicherheitsabstände zwischen Gasleitung und Wohnhäusern einen wichtigen Aspekt im weiteren Verfahren darstellten. Die jetzt offengelegten Unterlagen beinhalteten keine Bauausführungsplanung, so dass die konkreten Abstände noch nicht festgelegt seien. Die Bezirksregierung Köln als zuständige Planfeststellungsbehörde werde die diesbezüglichen Bedenken der Bürgerinnen und Bürger wie alle anderen eingegangenen Stellungnahmen auswerten und einen Vorschlag zum Ausgleich der Meinungen erarbeiten. Als nächster formeller Schritt werde dann ein Erörterungstermin stattfinden.

Der Ausschuss fasst den folgenden

Beschluss:

Der Planungsausschuss nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Planung der Erdgasfernleitung Zeelink I und die Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung auf dieser Grundlage die Interessen der Stadt Aachen im weiteren Verlauf des Verfahrens zu vertreten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

zu 10 Mitteilungen der Verwaltung

Folgende Mitteilung der Verwaltung liegt schriftlich vor:

- Sachstand Masterplan Erweiterung Uniklinik

Herr Schaffert informiert den Ausschuss darüber, dass am 22.11.2017 um 16:00 Uhr eine Sondersitzung des Planungsausschusses zum Thema „Trilateraler Entwicklungsvertrag Campus West“ geplant sei.